

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 6 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 11. Februar 1916

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Was uns belebt. —  
Wozu braucht der Verband Beiträge? — Der Arbeits-  
nachweis. — Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen  
im Jahre 1914. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. —  
Rundschau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — An-  
zeigen.

**Für die Woche vom 13. bis 19. Februar 1916  
ist der 7. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem  
Verbande gegenüber durch pünktliche Beitrags-  
leistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle  
der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus  
Verbandsmitteln.**

## Was uns belebt.

Gar mancher ist unter uns, der jetzt an der  
ganzen Welt verzweifeln möchte. Dieses nicht  
endenwollende Morden, diese Knappheit an so  
nötigen Nahrungsmitteln, diese steigende Teue-  
rung, diese Berrissenheit der alten trauten Preise,  
diese Angst um die Lieben und diese Trauer  
allenthalben. Das ist zuviel für so manches  
Gera- und haltlos und willenlos, wenn nicht  
verzweifelt, gibt es sich dem Tage dahin.

Wahrhaftig, dieses Seelenleben ist nur zu  
gut zu verstehen, aber es darf dennoch nicht die  
Herrschaft über den Menschen gewinnen, denn  
die Lebensverneinung spricht aus solchem Fühlen,  
und natürlich ist nur die Lebensbejahung. Wie-  
viel erschütternde Ereignisse hat nicht unsere  
Welt schon überstanden, wieviel Krisen unsere  
Menschheit durchgemacht, aber stets und überall  
hat sich der Entwicklungsgedanke in sieghafter  
Kraft durchgesetzt. Gemütslos ist die Ent-  
wicklung nie gegangen, geworden war stets ihr  
Pfad, aber sie kehrte immer wieder zurück auf die  
Linie der einen welttreibenden Aufwärtstendenz.

Sollte das in Zukunft anders sein? Doch  
wahrlich nicht, und wenn das Menschheits-  
unglück auch unendlich scheint: es geht vorwärts.  
Bahn bricht sich der Entwicklungsgedanke trotz  
allem, aber er hat Träger nötig, Träger, die  
diesen leitenden Geist des Weltganzen aus dem  
Gären und Brennen von heute hindurchtreten  
in eine neue Zeit. Entwicklungsfeindlich,  
naturwidrig handelt der, der jetzt verzweifelt  
sich einem feilschen Nichts hingibt, der jetzt  
nicht mit seinem ganzen Herzen festhält an  
jenem ewigen, lebendigen, regierenden Geiste  
der Welt. Ein Rückgrat hat die Menschheit in  
ihrem Ringen nötig. Nur der hat des Menschen  
wahre Würde erkannt, nur der des Menschen  
höchstes Lebensziel gefühlt, der jenem einen  
großen Triebe jetzt die Treue hält, gerade jetzt.

Oder ist das unmöglich? Würden wir etwa,  
vortwärts drängend, überrannt und erdrückt von  
dem Zurück, das das Heute beherrscht? Nein,  
denn wir stehen nicht allein, wir sind nicht leichte  
Galme, die hier und dort zerstreut sind. Ein  
Stamm sind wir, durch unsere Organi-  
sation ein starker Baum, der allen  
Stürmen von heute standhält und berufen ist,  
in einem neuen Frühling, allein von dem natür-  
lichen Entwicklungsgedanken belebt, sprießen  
und immer weiter wachsen zu lassen ein neues  
Menschengeschlecht.

Wenn wir unsere große Kampforganisation  
nicht hätten, könnten wir eher an der Welt ver-  
zweifeln; aber wo der sieghafte Trieb der Welt  
eine Verkörperung erfahren hat in diesem Bunde  
unserer Brüder und Schwestern, da haben wir  
in allen Wirrnissen des Lebens einen starken  
belebenden Halt. Und darum ist gerade jetzt  
so nötig die Treue zum Kampfes-  
bunde. Er ist's ja nicht allein, der uns den  
Sieg des Menschheitsgedankens verbürgt; er ist  
es auch, der uns, eben weil er uns den Sieg ver-  
bürgt, jetzt den natürlichen Geist der Lebens-  
bejahung nicht rauben läßt, der uns im Gegen-  
teil erfüllt mit trotzigem Lebensmute. Nun  
gerade! Trotz alledem! Fort mit dem Geist,  
der diese Zeit gebracht! Dem Weltgedanken  
Bahn! Mit solch lebendem Geist erfüllt uns die  
Zugehörigkeit zu jener Kämpferschar, und wenn  
eine Zeit, so zeigt uns die jegige, daß für  
einen Menschen, dem ein warmes, tieffühndes  
Herz in der Brust schlägt, die Zugehörigkeit zu  
einer aufwärtstrebenden Gemeinschaft ein  
feilsches Bedürfnis ist.

## Wozu braucht der Verband Beiträge?

Die gewerkschaftlichen Organisationen der  
deutschen Arbeiter sind nicht die Verwirklichung  
einer spontanen Idee irgendeines einzelnen oder  
gar der Laune irgendeiner Vielheit ent-  
sprungen, sondern sie sind die ökonomischen Be-  
gleiterscheinungen des sich zur immer größeren  
Macht entwickelnden Kapitalismus.

Solange in Deutschland das Kleinhandwerk  
mit seinen verstreut liegenden Betriebsstätten  
vorherrschend und durch Zunftbestimmungen  
eingeeengt war, konnte sich eine Gewerkschafts-  
bewegung in heutigem Sinne nicht entwickeln.  
Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts,  
als die Dampfmaschine ihren Platz im Pro-  
duktionsprozeß eroberte, als die Eisenbahn Ver-  
bindungen in die entlegensten Gegenden schaffte,  
das Binnenland mit dem Meere verband und so  
den Ueberseeverkehr außerordentlich förderte,  
der Austausch fertiger Waren mit Rohprodukten  
des Auslandes ungeahnten Aufschwung nahm,  
ja Deutschland sich von einem vorwiegenden  
Agrarstaat zu einem Industriestaat umwandelte,  
da konzentrierte sich das Kapital in immer  
weniger Hände und wurde eine alles be-  
herrschende Macht. Immer mehr wurde der  
Kleinbetrieb zurückgedrängt, selbständige Hand-  
werker wurden Proletarier, Arbeiter der Land-  
wirtschaft zu Industriearbeitern.

Die im Kleinhandwerk üblich gewesene Ar-  
beitszeit wurde, trotz größeren Kräfteverbrauchs  
der Arbeitenden, in den Großbetrieb mit über-  
nommen, die frühere Naturalverpflegung nicht  
durch entsprechenden Geldwert ersetzt. Diese  
wirtschaftliche Umwälzung brachte es mit sich,  
daß einzelne wenige sich auf Kosten der großen  
Masse bereicherten, der gesellschaftliche Abstand  
zwischen Unternehmer und Arbeiter immer  
größer wurde.

Behalten wir all das im Auge, so werden  
wir in diesen eben kurz geschilderten Vorgängen  
die Vorbedingungen für den Sozialismus, für  
die Gewerkschaftsbewegung erkennen. Die Ar-  
beiter sahen ein, daß sie aus dieser Entwicklung  
nur Nutzen ziehen können, wenn sie ihre Macht  
ebenfalls konzentrieren. Sie schlossen sich in  
politischen Organisationen zusammen, um auf  
die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen. Der  
berufliche Zusammenschluß diente in erster Linie  
dem Einwirken auf die Gestaltung der Lohn-  
und Arbeitsbedingungen. Es würde weit über  
den Rahmen dieses Artikels hinausgehen, die  
Kämpfe der Gewerkschaften seit ihrer Gründung  
auch nur andeutungsweise hier anzuführen.  
Doch kann ohne Selbstüberhebung gesagt werden,  
das planvolle und geschickte Vorgehen der in den  
Gewerkschaften vereinigten Arbeiter hat von Er-  
folg zu Erfolg geführt, so daß niemand von  
ihnen, möge er sich zur Gewerkschaft stellen wie  
er wolle, sie missen möchte. Unverkennbar hat  
sich ein gemaltiger Aufstieg der Arbeiterklasse  
gezeigt, der um so höher zu veranschlagen ist, je  
größer die Anzahl der Berufsangehörigen ihrem  
Verbande als treue Mitglieder angehören.

Fragen wir nun, welches waren die Mittel,  
Millionen und aber Millionen Arbeiter für ein  
Ziel zu begeistern, der herrschenden Gesellschaft  
Anerkennung abzurufen, sie nach und nach zum  
Subjekt der Gesetzgebung zu machen?

Begeisterung, Opfermut, solidarische Diszi-  
plin, Verbands- und Ueberzeugungstreue sind  
die starken Pfeiler, auf denen der stolze Bau der  
Gewerkschaften ruht. Diese Arbeiter-tugenden  
verleihen den Gewerkschaften die nötige Stoß-  
kraft und den Halt bei Verfolgung ihrer Zwecke  
und Ziele. Sie haben die Gewerkschaften zu  
einem unerschütterlichen Fels im Meere gemacht,  
an dem selbst die hochgehenden Wogen des Welt-  
krieges abprallen.

Und trotzdem ist die Schar derjenigen, die  
abseits den Kämpfen der modernen Arbeiter-  
bewegung stehen, immer noch verhältnismäßig  
groß. Nicht, weil sie die Erfolge nicht erkennen,  
oder weil sie darauf verzichten müssen, nein,  
weil sie ohne persönliche Opfer die Vorteile ein-  
heimen dürfen. Sie gleichen denen, die nicht  
säen, aber doch ernten wollen. Ja, würde die  
Verbandsmitgliedschaft keinerlei pekuniäre Opfer,  
Verbandsbeiträge, erfordern, es gebe wohl  
wenige, denen der Vorwurf der Indifferenz ge-  
macht werden könnte.

Die Verbandsleitungen sind aber kein  
biblischer Herrgott, daß sie aus Nichts heraus  
etwas schaffen können. Am Anfang war die  
Tat. Und auch durch die Tat müssen die Be-  
rufsangehörigen ihren Willen bezeugen, daß sie  
für die Verwirklichung der Zwecke des Verbandes  
eintreten, wie sie im § 2 der Satzungen klar um-  
rissen niedergelegt sind.

Der Verband hat den Zweck, die geistigen  
und materiellen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

- a) Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung;
- b) Unterstützung solcher Mitglieder, welche wegen ihrer Tätigkeit für den Verband infolge von Maßregelung oder Aussperrung arbeitslos werden;
- c) Aufklärung und Bildung der Mitglieder, Pflege der Solidarität und des geselligen Verkehrs durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltungen von Vorträgen;
- d) Pflege der Berufsstatistik und Regelung der Arbeitsnachweise.

Ferner kann die Verbandsleitung je nach ihren Mitteln gewähren: eine Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise, bei Krankheit, bei Streiks und in besonderen Notfällen sowie eine Beihilfe im Todesfalle des Mitgliedes oder dessen Angehörigen und beim Umzuge nach einem anderen Ort; ferner unentgeltlichen Rechtsschutz in allen gewerblichen und den aus den Arbeiterschutzgesetzen hervorgehenden Streitfällen.

Die Verwirklichung dieses Verbandszweckes bedingt neben Solidarität, Kollegialität und Verbandstreue noch Opferwilligkeit, die ihren profaischen Ausdruck in dem an und für sich recht nüchternen Begriff **Verbandsbeitrag** findet.

Der **Verbandsbeitrag** ist der Grundstock der Gewerkschaft. Aus ihm strahlt die Kraft zur Betätigung der Solidarität, Kollegialität, Verbands- und Ueberzeugungstreue, welche guten Eigenschaften vor allem beim Kampf und Widerstand gegen das Unternehmertum, im Angriffsgefecht zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen oder bei der Abwehr beabsichtigter Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis, in Betracht kommen. Die Verbandskasse muß mit ihren Mitteln als Rückenbedeckung hinter den kämpfenden Mitgliedern stehen, ohne ihre tatkräftige Mithilfe ist heutzutage das gute Gelingen eines gewerkschaftlichen Kampfes ausgeschlossen. Der Hunger würde bald alle guten Grundsätze über den Haufen werfen, die streikenden Arbeiter bedingungslos in die Betriebe zurücktreiben und die Unternehmer würden hohnlachend triumphieren.

Die Notwendigkeit eines gutgefüllten Kampf- und Widerstandsfonds steht also für jeden Gewerkschaftler außer Zweifel. Einseitige Kollegen haben das längst begriffen und suchen in jeder Weise dafür einzutreten, daß der Verbandskasse die Geldmittel in ausreichendem Maße zufließen. Trotzdem beobachten wir bei vielen Mitgliedern einen gewissen Unmut, wenn eine Generalversammlung eine Erhöhung der Beiträge beschließt, obwohl diese Erhöhung von den leitenden Personen als unbedingt notwendig erachtet und aufs genaueste begründet wird. Die Ursache zu solchem Unmut liegt in der Regel in der natürlichen Abneigung eines jeden Menschen gegen eine von ihm beanspruchte höhere Leistung. Diese Abneigung ist allerdings zu verstehen im gewöhnlichen Leben; für das Gewerkschaftsleben ist sie aus dem genannten Motiv heraus wohl menschlich verständlich, vom Standpunkt der praktischen und erfolgreichen Gewerkschaftsbetätigung aber einfach unverständlich.

Es ist richtig, daß die anhaltende Verteuerungstendenz im Wirtschaftsleben vor allem von den Arbeitern schwer empfunden wird. In welchem Vergleich hierzu steht aber der verhältnismäßig niedrige Verbandsbeitrag, den Mitglieder unseres Verbandes allwöchentlich ihrem wirtschaftlichen Kampf- und Unterstützungsfonds zuführen? Der Unterschied ist recht augenfällig, weshalb die Höhe des Verbandsbeitrages ernstlich gar nicht ins Feld geführt werden kann, um damit die Verbandslosigkeit entschuldigen zu wollen. Angesichts der Aufgaben der Gewerkschaft für die Berufs-

angehörigen hat jeder und jede einzelne die sittliche Pflicht, den Gewerkschaftsbeitrag freudig und pünktlich zu entrichten, denn was der Arbeiter hier zahlt, dient seinen vitalsten Interessen und trägt hundertfältige Frucht in Gestalt von Lohnaufbesserungen und sonstigen Erleichterungen im proletarischen Dasein.

Deshalb aber soll auch der Arbeiter nicht krämerhaft feilschen und zu handeln trachten, wenn es sich um die Abmessung der Höhe der Gewerkschaftsbeiträge handelt. Denn was er da einzahlt, geschieht ja zu seinem eigenen Nutzen und trägt ihm hundertfältige Früchte. Die Mitglieder haben ja darüber die Kontrolle und können darüber wachen, daß alle Einnahmen wieder zu ihrem eigenen Nutzen Verwendung finden. Die Verbandskasse ist nichts weiter als eine Sparkasse, in der wöchentlich ein gewisser Betrag hinterlegt wird und den sie den Depositoren wiedergibt, wenn sie seiner bedürfen, um zu kämpfen gegen die Ungunst des proletarischen Lebens und für die Verbesserung ihrer Lebenslage.

Haben wir mit Vorstehendem die pünktliche Abführung der Verbandsbeiträge begründet, so wollen wir nicht unterlassen, auch etwas über die monatlichen Kriegsbeträge zu sagen, die bei einem Teile unserer Mitglieder leider auf Widerstand gestoßen sind.

Der Krieg hat auch unserem Verbandszweck einen erweiterten Aufgabenkreis zugewiesen, an den bei Schaffung unserer Satzungen niemand gedacht hat. Würde die Verbandsleitung unbeachtet daran vorübergegangen sein, dann hätte sie den Vorwurf verdient, daß sie die Interessen und Rechte der Verbandsmitglieder nicht zu wahren verstand. Abgesehen von den enormen Anforderungen, welche infolge der Arbeitslosigkeit bei Kriegsausbruch an die Verbandskasse gestellt wurden, die einen völligen Aufbrauch der Verbandsmittel befürchten ließen, mußten Mittel zur Unterstützung von Familien der am Kriege beteiligten Mitglieder flüssig gemacht werden, wofür, nebenbei gesagt, bis jetzt rund 165 000 Mk. verausgabt wurden. Durch freiwillige Sammlungen und Extrabeiträge wurde der Betrag nicht ganz aufgebracht, die Verbandskasse mußte einen erheblichen Zuschuß leisten.

Die lange Dauer des Krieges, die große Zahl einberufener Mitglieder und der damit verbundene Rückgang der Einnahmen aus ordentlichen Wochenbeiträgen veranlaßte die Verbandsleitung, darauf zu finnen, einen gangbaren Ausweg zu finden, Mittel zu schaffen, um nach dem Kriege allen Anforderungen an die Verbandskasse gerecht werden zu können.

Sehen wir klar in die Zukunft. Bei hoffentlich baldiger Beendigung des Krieges kehren rund 8000 unserer Verbandsmitglieder wieder heim. Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich durchweg verschlechtert. Es wird schwer halten, sie alle sofort in Arbeit zu bringen; wo es gelingt, ihnen Arbeit zu verschaffen, werden wahrscheinlich andere arbeitslos. Andere werden als Krüppel oder krank heimkehren und einiger Wochen bedürfen, um ihre Gesundheit einigermaßen wieder intakt zu bringen. Hier wird die Verbandskasse helfend eingreifen müssen. Andererseits wird der Massenandrang auf dem Arbeitsmarkt vielen Unternehmern die gewünschte Gelegenheit geben, die Löhne herunterzusetzen, was wiederum zu größeren Lohnkämpfen führen wird. All das erfordert Geld, viel Geld. Oder wollen die Daheimgebliebenen es unseren Brüdern in den Schützengräben insofern danken, daß sie die Verbandskasse recht schnell aufbrauchen und letztere dann sehen können, wo sie etwas hernehmen?

Wem Kollegialität und Solidarität nicht nur Phrasen sind, wer noch einen Funken Ehr- und Schamgefühl im Leibe hat, der muß sagen: „Unsere Brüder und Kollegen haben bei Regen, Hitze und Frost mit ihrem eigenen Körper das Vaterland und damit mein eigenes Heim, meine Familie, meine Organisation und ihre Erfolge verteidigt. Ihrem Opfermut, ihrer Tapferkeit habe ich es zu verdanken, daß ich, wenn auch bitter teuer, mir meine Wahlzeiten beschaffen, wenn auch müde und matt von der Tage Arbeitslast, mich unter Dach und Fach aufhalten

konnte. Wie unscheinbar wenig und wie gering ist doch der Monatsbeitrag gegenüber den Opfern und Strapazen der Kriegsteilnehmer.“ Die Feder sträubt sich, die Notwendigkeit einer Kriegsleistung unserer männlichen Mitglieder von 50 Pf. und der weiblichen von 25 Pf. pro Monat noch mehr begründen zu wollen. Wenn der Verbandsvorstand in seiner letzten Bekanntmachung sagte, die Monatsbeiträge sind Pflichtbeiträge, so sollen die Mitglieder in deren Abführung nicht eine ihnen auferlegte Pflicht erblicken, sondern eine freiwillige Abtragung eines geringen Teiles der Dankeschuld denen gegenüber, die jetzt und leider auch später auf vieles verzichten müssen, dessen die Daheimgebliebenen sich erfreuen.

### Der Arbeitsnachweis.

IK. Zu diesem wichtigen Thema wird uns von sachkundiger Seite geschrieben: Im Februar vorigen Jahres wurde von der Generalkommission der Gewerkschaften in einer Vorstandskonferenz die Frage der Regelung des Arbeitsnachweises eingehend erörtert. Man wies darauf hin, welche Bedeutung der Arbeitsnachweis nach Beendigung des Krieges erlangen würde, wenn die Millionen Arbeiter in der Industrie wieder Beschäftigung erlangen sollten. Die einzig zweckmäßige Lösung einer guten Organisation des Arbeitsnachweises erschien den Vertretern der Gewerkschaften die gesetzliche Regelung. Es gelang dann auch, die anderen Gewerkschaftsgruppen für die Frage zu interessieren und schließlich in einer gemeinsamen Petition an den Reichstag die Grundsätze festzusetzen, die für einen Gesekentwurf in Frage kommen. Der Reichstag hat sich dann am 19. März 1915 mit der Frage beschäftigt und eine Resolution angenommen, die der Regierung empfiehlt, auf der Grundlage der von den Gewerkschaften geltend gemachten Forderungen der Regelung des Arbeitsnachweises näherzutreten.

Von der Regierung wurde gegenwärtig ein Eingreifen der Gesetzgebung abgelehnt, dieses aber für eine spätere Zeit in Aussicht gestellt. Ueber die Bedeutung der Frage bestand keine Meinungsverschiedenheit. Vorläufig sollte versucht werden, die Organisation des Arbeitsnachweises besser auszugestalten und weiter sollte ein Zusammenwirken der verschiedenen Organisationen planmäßig vorbereitet werden. Während der letzten Tagung des Reichstages ist von der Regierung eine Denkschrift herausgegeben, die uns einen Ueberblick geben könnte, was in der Zwischenzeit geschehen ist. Leider muß konstatiert werden, daß die Denkschrift recht dürftig ausgefallen ist, weil die bisherigen Maßnahmen ungenügend waren.

Durch eine Anzeigepflicht der Arbeitsnachweise ist es möglich gewesen, zunächst einmal eine Gesamtübersicht über die vorhandenen Arbeitsnachweise zu bekommen. Ausgeschaltet sind dabei diejenigen, die nur gelegentlich und unbedeutend eine Arbeitsvermittlung betreiben. Erfasst sind auch nur die gemeinnützigen Arbeitsnachweise, nicht die gewerbsmäßig betriebenen. Was die statistische Uebersicht über die Arbeitsvermittlung anbetrifft, so sind die in der Denkschrift enthaltenen Zahlen nicht zu verwerten, weil sie nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeitsnachweise umfassen. Es haben nämlich von den 2607 Arbeitsnachweisen nur 900 Angaben über ihre Vermittlung gemacht. In welcher Weise die einzelnen Gruppen der Arbeitsnachweise an dieser Berichterstattung beteiligt sind, ergibt folgende Gegenüberstellung:

Arbeitsnachweise	Zahl	Es berichteten über Arbeitsvermittlung
Öffentliche aller Art . . . . .	891	461
Paritätisch verwaltete . . . . .	73	48
Zunungsnachweise . . . . .	304	134
Arbeitgebernachweise . . . . .	205	80
Arbeiternachweise . . . . .	1134	177
	2607	900

In einer Ermittlung aus dem Jahre 1912 ist festgestellt, in welchem Umfange in den einzelnen Bundesstaaten Arbeitsnachweise errichtet sind. Wir nehmen hier die Gesamtübersicht der größeren Bundesstaaten, und zwar berücksichtigen wir nur die Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern:

Bundesstaat	Gemeinden über 10000 Einwohner	dav. Stb. Arb.	davon Stb. eines gemeindl. Arb.-Nachw.
Preußen . . . . .	388	286	138
Bayern . . . . .	38	33	33
Sachsen . . . . .	43	34	20
Württemberg . . . . .	19	17	14
Baden . . . . .	15	14	14
Hessen . . . . .	7	5	5

Sehr beachtlich ist in dieser Gegenüberstellung, wie gering verhältnismäßig die Zahl der gemeindlichen Arbeitsnachweise in Preußen ist, während Bayern, Württemberg, Baden, Hessen einen erheblich besseren Abschluß zeigen. Abgesehen von den ge-

meindlichen Arbeitsnachweisen zeigt sich auch sonst in Preußen eine sehr schlechte Ausbreitung der Arbeitsnachweiseinrichtungen; denn von den 388 Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern haben 102 überhaupt keine Arbeitsnachweisorganisation. Die Folgerung der Denkschrift, daß ein Bedürfnis, an allen diesen Orten Nachweise zu errichten nicht vorhanden ist, halten wir für unrichtig. Wir müssen es vielmehr als einen erheblichen Mangel bezeichnen, wenn in einer Gemeinde mit über 10 000 Einwohnern jede Arbeitsvermittlung fehlt, und die Arbeitsuchenden somit nur auf die private Stellenvermittlung oder öffentliche Anzeigen angewiesen sind.

Die Feststellung, wie weit die paritätische Verwaltung in den Arbeitsnachweisen Eingang gefunden hat, ergibt ebenfalls kein befriedigendes Resultat. Es ist festgestellt, daß nahezu die Hälfte der gemeindlichen Arbeitsnachweise einer paritätischen Verwaltung entbehren. Und wir vermüssen in der Denkschrift sehr, wie diesem Mangel begegnet werden soll; denn die Arbeitsvermittlung darf nicht einer einseitigen Verwaltung der Bureaukratie oder der Unternehmer überlassen werden, sondern sie gehört den zunächst Beteiligten, den Arbeitern und Unternehmern unter Garantie einer paritätischen Vertretung.

Der bisherige Einfluß der Regierungsmassnahmen auf die Arbeitsnachweise ist sehr minimal. Man durfte hoffen, daß wenigstens die Zentralauskunftsstellen in den größeren Orten allgemein in Wirksamkeit getreten seien, das ist aber nicht der Fall. Die Zusammenstellung in der Denkschrift ergibt nur, daß in vielen Bezirken solche Bemühungen im Gange sind. Wie und in welcher Weise es geschehen soll, vor allen Dingen, ob auch an die Errichtung einer gut funktionierenden Organisation für diese Zentralauskunftsstellen gedacht ist, läßt die Denkschrift vollständig im Unklaren. Das wäre aber gerade die Grundlage der Organisation. Es muß deshalb an der Hand dieser Denkschrift gesagt werden, daß die bisherigen Bemühungen der Regierung recht unbedeutende Erfolge gezeitigt haben. Eine solche Organisation wird dem Instanz auf dem Arbeitsmarkt bei der Neuordnung unserer Industrie nicht standhalten. Die beste Lösung bleibt mithin der gesetzliche Zwang für eine einheitliche Organisation mit einer Zentralbehörde, dem Reichsarbeitsamt. Von hier aus muß fortlaufend die Regelung des Arbeitsmarktes geleitet werden. Wenn etwas geschehen soll, suchbringend für die Arbeiterklasse, dann ist jetzt die höchste Zeit, sonst wird der Arbeitsnachweis bei seiner Zerplitterung und seinem Durcheinander sich der künftigen Aufgabe nicht gewachsen zeigen.

## Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914.

Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 fanden die wirtschaftlichen Kämpfe einen unerwarteten Abschluß. Von den Vorständen der Zentralverbände wurde der Abbruch aller Lohnbewegungen und Streiks als selbstverständlich angesehen. Etwas später trafen die Vorstände in einer Konferenz eine Vereinbarung, nach der mehr als sonst versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und Angriffstreiks nur in dringenden Fällen zu genehmigen seien. Trotzdem waren Kämpfe nicht ganz zu vermeiden, verschiedentlich mußten sich die Arbeiter gegen eine beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wehren. Immerhin ist die Zahl der Streiks und Aussperrungen mit Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 sehr gering. Die amtliche Streikstatistik verzeichnet 24 Streiks mit 1126 streikenden Personen, und zwar 17 Angriff- und 7 Abwehrtreiks. Nun liegt auch die Statistik über die der Generalcommission angehörenden Verbände vor. Diese Statistik berichtet über 16 Kämpfe, die nach Kriegsausbruch bis Ende 1914 entstanden, an denen 1095 Personen beteiligt waren. Von diesen Kämpfen waren 5 Angriffstreiks, 9 Abwehrtreiks und 2 Aussperrungen. Es handelt sich bei diesen von zwei verschiedenen Seiten gemachten Angaben jedoch nicht um die gleichen statistisch erfaßten Kämpfe. Mithin ist die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in den ersten 5 Kriegsmontaten erheblich größer, als sie durch die eine oder andere Statistik ausgewiesen ist. Nur zwei von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfen könnten, verglichen nach dem Ort und der Gewerkegruppe, auch von der amtlichen Feststellung erfaßt worden sein. Darunter befindet sich auch eine Aussperrung in einer Papierfabrik zu Düsseldorf, die, was besonders bemerkenswert ist, in der amtlichen Statistik als ein — Angriffstreik erscheint. Dieser Fall beweist aufs neue, daß eine Streikstatistik, die sich einseitig auf die Bemühungen der Unternehmer aufbaut, keine wissenschaftlich einwandfreie Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe geben kann.

Da im Jahre 1914 in der Hauptsache nur 7 Monate für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen

und Kämpfe in Betracht kommen, so stehen diese nach Zahl und Umfang natürlich weit hinter den Ergebnissen der früheren Jahre zurück. Vergleiche der Zahlen des Berichtsjahres mit denen der Vorjahre sind deshalb nicht angängig.

Es fanden insgesamt statt 4866 Bewegungen ohne und mit Arbeitszeiteinstellung, an denen 363 040 Personen beteiligt waren. Das Jahr 1913 weist dagegen 9972 Bewegungen mit 1 214 523 Beteiligten auf. Die gesamten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 5355 Orte und wurden davon 26 248 Betriebe mit 608 420 darin beschäftigten Personen betroffen. Es endeten von den Bewegungen 3460 mit 204 935 Beteiligten erfolgreich, 843 mit 100 253 Beteiligten teilweise erfolgreich und 554 mit 55 991 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 297 600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50 827 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 139 186 Stunden pro Woche und für 195 293 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 360 818 Mk. pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 102 496 Personen erzielt. Abgewehrt wurde für 7294 Personen eine beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 23 721 Stunden und für 29 274 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt 78 833 Mk. pro Woche. Für 30 492 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen werden. 713 Personen mußten sich eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 2972 Stunden, 1298 eine Lohnkürzung von insgesamt 4391 Mk. pro Woche und 498 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen. Tarifverträge wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 1978 Fällen für 146 307 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betragen 4 907 877 Mark. Von den 4866 Bewegungen wurden 3457 = 71 Proz. mit 266 359 Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 2650 mit 160 075 Beteiligten einen vollen und 647 mit 83 303 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 160 Bewegungen mit 22 981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen handelte es sich um einen Angriff und in 745 Fällen um eine Abwehrbewegung. In 1409 Fällen = 29,0 Proz. kam es zu Arbeitszeiteinstellungen, von denen insgesamt 96 681 Personen, darunter 14 179 weibliche, betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 55,1 Proz. Angriffstreiks, 517 = 36,7 Proz. Abwehrtreiks und 116 = 8,2 Proz. Aussperrungen. Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 bzw. 3,4 Proz. erhöhte, ging der der Aussperrungen von 16,4 auf 8,2 Proz. zurück. Von den an der Arbeitszeiteinstellung beteiligten Personen kamen 38 946 auf die Angriffstreiks, 29 823 auf die Abwehrtreiks und 27 912 auf die Aussperrungen. Gemessen an der Zahl der Fälle waren die Aussperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Proz. mit 44 860 Beteiligten erfolgreich, 196 = 13,9 Proz. mit 16 950 Beteiligten teilweise erfolgreich und 394 = 28 Proz. mit 33 010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo nur 19,5 Proz. derselben erfolglos blieben, während 63,8 Proz. erfolgreich und 16,6 Proz. teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es mußten damit 122 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlaufe wohl zum erheblichsten Teile noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erforderten die Kämpfe eine Ausgabe von 4 738 473 Mk. An den Kämpfen des Jahres 1914 war das Baugewerbe am hervorragendsten beteiligt. Nachdem folgt die Holzindustrie, die Metallindustrie. Erwähnung verdient eine Aussperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der der Textilarbeiterverband mit 15 325 Personen betroffen wurde. Veranlassung zu dieser Aussperrung war ein Angriffstreik in Forst. Die Aussperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolgreichen Abschluß. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Steinarbeiter und Seifeher in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenen Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62 994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 24 760 Stunden pro Woche, für 33 362 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 73 857 Mk. pro Woche und für 21 257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1132 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 4120 Stunden pro Woche, für 12 338 Personen eine Lohnkürzung von insgesamt 29 938 Mk. pro Woche und für 17 760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 354 Fällen kam es zum

Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 26 454 Personen.

Der Krieg hat manche Anschauungen über den Aufbau geworfen und insbesondere den gewerkschaftlichen Organisationen, ihren Bestrebungen, ihrer Fürsorge für die Notleidenden, ihrer Disziplinierung der Arbeiterschaft, ihrer kulturfördernden Tätigkeit, Anerkennung von fast allen Kreisen in der Staatsorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aufgehoben. Sie werden fortbestehen. Der Ausweg dieser Gegensätze muß jedoch nicht notwendigerweise in der gleichen Form und mit den gleichen Opfern sich vollziehen, als es bisher geschehen ist. Voraussetzung ist, daß den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird und das Koalitionsrecht der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben volle Anerkennung findet. Für die Gewerkschaften ist diese Anerkennung unbedingt erforderlich. Wird sie ihnen nicht auf Grund der Erfahrungen, die man mit ihnen während der Kriegszeit gemacht hat, zuteil, so müssen sich die Gewerkschaften diese Anerkennung in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

## Aus unserem Beruf.

**Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen bei Militärlieferungen.** Das Kriegsbesoldungsamt des 3. Armeekorps hat seinen Lieferanten folgendes zur Pflicht gemacht:

„Um der Arbeitslosigkeit unter den weiblichen Arbeitskräften zu steuern, werden alle Betriebe, welche für das Besoldungsamt des 3. Armeekorps arbeiten, darauf hingewiesen, daß es erforderlich ist, bei der Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften Ueberstunden unter allen Umständen zu vermeiden und, wo es einigermaßen angeht, die achtstündige Arbeitszeit bei reichlichem Verdienst, unter Umständen noch kürzere Schichten, einzuführen.“

Diese Verordnung läßt erkennen, daß der große Bedarf der Heeresverwaltung gedeckt ist und die Aufträge sich vermindern werden. Um nun einer größeren Arbeitslosigkeit vorzubeugen, soll die vorhandene Arbeit gleichmäßig verteilt werden. Ein Vorgehen, womit wir uns nur einverstanden erklären können. Gibt es doch Lederausriistungsbetriebe, in denen Arbeiterinnen von morgens 7 Uhr bis abends 10 Uhr, mit drei Viertelstunden Pause, angestrengt arbeiten müssen. Eine Streckung der Arbeitszeit liegt hier im Interesse des Volkswohls, die jetzt unbekannt der noch anzufertigenden Ausrüstungsstücke durchgeführt werden kann. Denn wie die neueste Bekanntmachung der Feldzeugmeisterei ausdrücklich besagt, hat der Bedarf an Lederausriistungsgütern in erheblicher nachgelassen und sind mit Rücksicht auf die vorhandenen Vorräte bei der Heeresverwaltung vorläufig keine oder nur unbedeutende Vergelungen zu erwarten.

**Unsere österreichischen Bruderorganisationen 1915.** Der Verein der Ledergalanteriewarenerbeiter hatte infolge der weiteren Einberufungen zum Heeresdienst wieder einen Verlust von 40 Mitgliedern zu verzeichnen, woraus sich am Ende des Jahres ein Mitgliederstand von 197 ergibt. Dieser ist seit Kriegsausbruch um mehr als die Hälfte gesunken.

Die finanzielle Gebarung weist an Einnahmen 6648,40 Kronen, an Ausgaben 4098,57 Kronen auf. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 1073,85 Kr. verausgabt.

Da ein ziemlich Teil der Mitglieder bei der Militärausrüstung Beschäftigung fand, war die Arbeitslosigkeit eine geringe. Es herrschte beim eigentlichen Beruf der Ledergalanteriewarenerzeugung nahezu ein Mangel an Arbeitskräften, weshalb es auch den Kollegen in den meisten Werkstätten gelang, einen höheren Lohn oder Teuerungszulagen zu erreichen. Allerdings nicht in dem zur herrschenden Teuerung entsprechenden Ausmaß. An außerordentlichen Unterstellungen wurden rund 1200 Kr. ausgegeben. Diese wurden zumeist an Frauen und Angehörige der zum Militär einberufenen Kollegen gegeben sowie auch an im Felde verwundete, erkrankte oder zeitweilig beurlaubte Kollegen.

Eine beachtenswerte Erscheinung in der Branche ist die Zunahme von weiblichen Arbeitskräften. Es wird Aufgabe der Organisation sein, sich mit dieser Tatsache in Zukunft sehr eingehend zu befassen, denn es dürfte sich hierbei nicht nur um eine vorübergehende Sache handeln.

Der Fachverein der Sattler, Taschner und Riemer stand im Jahre 1915 vollständig im Zeichen der Kriegsarbeit. 90 Proz. der Mitglieder waren ausschließlich in der Erzeugung von militärischen Ausrüstungsgegenständen beschäftigt. Nachdem mit den Konfektionsanstalten für Heeresausriistung sowie mit den kleingewerblichen Produktionsgesellschaften bereits im Jahre 1914 Verträge und Stücklohntarife für Militärarbeiten abgeschlossen wurden, kam im abgelaufenen

Jahre nur mit einer in Wien unter dem Titel „Heeresausrüstungsgesellschaft“ gegründeten Firma ein Vertrag zum Abschluss. Dieser Vertragsabschluss konnte allerdings erst nach schwerer Mühe erreicht werden, weil die bei der genannten Firma beschäftigten und auf Sattlerarbeiten angelernten weiblichen Arbeitskräfte (500 Personen) erst mit dem Organisationsgedanken vertraut gemacht werden mußten. Dem Fachverein gelang es aber, die Frauen und Mädchen für die Organisation zu gewinnen und beim Vertragsabschluss eine Gleichstellung der Affordlöhne für männliche und weibliche Arbeitskräfte durchzusetzen.

Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar 1915 2477 und ist auf 2745 am 31. Dezember gestiegen. Dies würde einen Gewinn von 268 neuen Mitgliedern bedeuten. Nachdem aber im Laufe des Jahres 1915 weitere 200 Mitglieder zum Kriegsdienst einrückten, ist die Zahl der tatsächlich gewonnenen Mitglieder mit 468 zu bezeichnen.

Die Kassenlage gestaltete sich für den Fachverein im abgelaufenen Jahre ebenfalls wieder günstig. Die Arbeitslosigkeit war so gering, daß insgesamt nur 550 Kronen an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wurden. Für die Unterstützung der Angehörigen der eingerückten Mitglieder wurden 4500 Kronen, für die Unterstützung ver wundeter, gefangener oder beurlaubter Mitglieder 837 Kronen und für Kriegsfürsorgezwecke sowie für den Notfonds der Gewerkschaftskommission 850 Kronen ausgegeben. Die Gesamtausgaben an Unterstützungen waren: ordentliche 550 Kronen, außerordentliche 6187 Kronen, zusammen 6737 Kronen. Das Vereinsvermögen ist von 117 000 Kronen am Jahre 1914 auf 157 000 Kronen im Jahre 1915 gestiegen.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 31. 1.) Am 26. Januar tagte im neuen Volkshausaal I unsere diesjährige Hauptversammlung. Der Vorsitzende berichtete zunächst über das abgelaufene Vierteljahr und den gegenwärtigen Stand der Ortsverwaltung. Daraus ist hervorzuheben: Die Arbeitslosigkeit hat schon etwas nachgelassen, wir hatten gegen Ende des Jahres immer einige arbeitslose Kollegen und Kolleginnen. Zum Militär eingezogen waren am 31. Dezember 1915 436 Kollegen, davon verheiratet zirka 120. Zur Erledigung der Geschäfte fanden vier Sitzungen des Vorstandes und 2 Vertrauensmännersitzungen statt. In einer der letzteren war Kollege Nidderl-Vorlin anwesend. Außerdem fanden am 12. Oktober und 16. November Mitglieder-Versammlungen statt. Die in einigen Betrieben statgefundenen Differenzen konnten nicht alle zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt werden, obgleich Kollege Busch-Weipzig, welcher gelegentlich zweier Konferenzen hier war, eintrifft. Der Vorsitzende berichtete auch über die am 12. Dezember stattgefundenen Gauleiterkonferenz, deren Resultat in Nr. 52 unserer Zeitung veröffentlicht ist. Auf Anweisung des Zentralvorstandes wurde an 103 Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen die Summe von 1545 Mk. ausgezahlt. Auf Beschluß der Vertrauensleute sollte den im Felde stehenden Kollegen ein kleines Feldpostpaket gesandt werden. Leider konnte dies infolge Fehlens der Adressen noch nicht vollständig erledigt werden. Wir bitten nochmals um Abgabe der Adressen. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben: Die Geschäfte der Ortsverwaltung wurden, da der Kollege Esner am 15. Mai zum Militärdienst eingezogen wurde, an diesem Tage von den Kollegen Hermann Müller als Vorsitzender und dem Kollegen Robert Böhme als Kassierer übernommen. Die Übernahme erfolgte einige Tage nach der Ueberfiedelung in unser neues Heim: Volkshaus, Schützenplatz 20 III. Durch das am 1. März erfolgte Inkrafttreten des Reichstarifs wurden die Geschäfte, die doch in den Abendstunden erledigt werden mußten, etwas erleichtert. Trotzdem möchten wir zugeben, daß sehr vieles besser sein könnte und müßte, wenn uns die nötige Zeit zur Verfügung gestanden hätte. Wir erkennen aber die Tätigkeit der Ortsfunktionäre gern an und danken ihnen auch an dieser Stelle. Zur Erledigung der Geschäfte waren 17 Vorstandssitzungen und 5 Vertrauensmännersitzungen nötig. Versammlungen fanden 8 statt. Die Veranstaltungen waren meistens nicht so besucht wie es sein könnte und müßte. Wir sprechen die Erwartung aus, daß es besser wird und die Kollegen sich etwas reger am Verbandsleben beteiligen. Dies gilt auch für die Veranstaltungen geselliger Natur, deren fünf stattfanden.

Einiges über die Mitgliederbewegung 1915:
Table with 3 columns: Category, Mänliche Mitglieder, Weibliche Mitglieder. Total: 1089.

Abgang im Laufe des Jahres:
Table with 3 columns: Category, Mänliche Mitglieder, Weibliche Mitglieder. Total: 531/24.

Die Versammlung ehrt das Andenken der verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Erwähnenswert ist noch, daß auf Anweisung des Zentralvorstandes an unsere Kriegserfrauen im Laufe des Jahres die Summe von 3255 Mk. zur Auszahlung kam.

Aus dem Jahresbericht des Kassierers für 1915:

Hauptkasse:
a) Einnahmen: Bestand am 1. Januar 1915, Eintrittsgelder, Beiträge von männlichen Mitgliedern, Beiträge von weiblichen Mitgliedern, Invaliden-Monatsbeiträge, etc. Total: 20 013,83 Mk.
b) Ausgaben: Reise- und Aufenthaltsgelder an 5 Kollegen, Arbeitslosenunterstützung an 20 Kollegen, Krankenunterstützung, etc. Total: 19 888,95 Mk.

Einnahmen 20 013,83 Mk.
Ausgaben 19 888,95 Mk.
Kassenbestand am 1. Januar 1916 124,88 Mk.

Lokalasse 1915:
a) Einnahmen: Bestand am 1. Januar 1915, 29 131 Lokalkassenbeiträge à 10 Pf., Zinsen vom Volkshausguthaben, Ueberschuß vom Vergnügungsausfuß, etc. Total: 7 425,84 Mk.
b) Ausgaben: Zufuß zur Arbeitslosenunterstützung, Notfallunterstützung, Zufuß zur örtlichen Verwaltung, etc. Total: 7 425,84 Mk.

Einnahmen 7 425,84 Mk.
Ausgaben 7 425,85 Mk.
Bestand am 1. Januar 1916 6 092,79 Mk.

Die Revisoren bestätigen die Richtigkeit und werden beide Berichte ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Es wurde noch eine Ergänzungswahl für den Vorstand vorgenommen und die Kartelldelegierten für 1916 bestimmt. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch bekannt, daß die Ortsverwaltung an die eingezogenen Kollegen, soweit deren Adressen bekannt waren, ein Schreiben gesandt hat, in welchem kurz die Verhältnisse hier am Ort geschildert wurden. Eine große Anzahl Kollegen haben darauf geantwortet. Mehrere dieser Briefe gelangten zur Verlesung. In allen Zuschriften wird der Freude über die Leistungen der Organisation und die Opferwilligkeit der daheimgebliebenen Kollegen Ausdruck gegeben. Möge dies für die Kollegen, welche ihre Schuldigkeit getan haben, der Dank sein und der Ansporn für weitere Tätigkeit. Für die Kollegen aber, von denen man das nicht so uneingeschränkt sagen kann, der Ansporn, das bisher Versäumte mit allen Kräften nachzuholen. Dann werden wir mehr als bisher vorwärts kommen.

Hermann Müller.

Rundschau.

Den Wuchercrn ins Stammbuch. Der katholische Schriftsteller Heinrich Mohr wendet sich in seiner „Stimme der Heimat“ gegen die Lebensmittelwucherer mit folgenden kräftigen Worten:

„Zunöhl, wir haben Engländer im eigenen Lande. Wo wir vor den gefüllten Kellern und Speichern über den englischen Ausbungerungsplan nur zu lachen brauchen, da will ein Feind aus unserer Mitte die bleiche Not in die Hüften eurer Frauen und Kinder tragen. Ein Heer kalter Krämerzellen und gieriger Geldmacher hücht und hüpfht herum.“

Diese Vertreter der nötigsten Lebensmittel bedenken nicht, daß wir Deutsche in dieser Zeit der Not ein einig Volk von Brüdern sein müssen. Und soweit sie sich Christen nennen, vergessen sie, wenn sie nach des Herrn Geheiß der Nächste werden sollen. Die Bäuerin, die lieber ihre Schuhe mit Butter schmieren will, bevor sie das Pfund um zwei Mark abgibt, die Bauern, die nicht mehr mit Kartoffeln auf den Markt fahren, weil ihnen die hohen Höchstpreise noch zu niedrig sind, der Händler, der Hunderttausende von Eiern zurückhält, bis ihm aus starker Nachfrage und mangelndem Angebot ein reicher Gewinn erwächst, kurz, die Vertreter der täglichen Bedürfnisse von der Milch und dem Fleisch bis zur Wascheife und dem Bindfaden; alle handeln an dem Manne auf dem Wege nach Jericho nicht wie der Samariter, sondern wie die Räuber. Andere sollen darben, damit sie selber fett werden! Andere sollen den letzten Pfennig hergeben, damit sie selber Beutel und Kassenstrank füllen können.

Wahrlich, ihr Soldaten im Felde mühtet keine Deutschen und Christen sein, wenn ihr nicht die Häufte ballen würdet vor Zorn über solch schurkisches Treiben in der Heimat! Mit Recht steht vor euren Augen jezt das Bild, wie Jesus Christus den Tempel reinigte. Die Kriegswucherer gehörten auch mit Striden aus dem Tempel gejagt zu werden; sie beschmutzen und schänden mit ihrer Gegenwart das Haus des Herrn, wenn sie beim Gottesdienst zu erscheinen wagen. Die Religion spricht das schwerste Urteil über sie aus; sie müssen in Reue und Buße ihr ungerecht erworbenes Gut auf Heller und Pfennig zurückerstatten an die Armen oder das Reich, sonst wird ihre Schuld ewig ungefühnt zum Himmel wider sie um Raube schreien; denn es ist Blutschuld, Raub und Mord an den Schwachen und Armen, den Frauen und Kindern, die an Gesundheit und Leben Schaden nehmen durch die Unterernährung.“

Behandlung von Frostbeulen. Die Methode, welche Sanitätsrat Dr. Schwering in Willerbed seit Jahren mit jedesmaligem sofortigen Erfolg anwandte, besteht in folgendem: Man überpinselt die erkrankten Hautstellen ohne weitere Vorbereitung, trocken oder sorgfältig abgetrocknet, reichlich mit Jodtinktur, streicht, sobald sie eingetrocknet ist, dickflüssiges reines Ichthjol darüber und drückt reichlich Watte hinein, soviel als kleben will. Strumpf oder Handschuh schücken den Verband genügend, der je nach der Schwere des Falles drei bis acht Tage liegen bleiben und trocken gehalten werden muß. Der Juckreiz ist mit Anlegen des Verbandes verschwunden, Rötung und Schwellung bei Abnahme deselben. Bis jezt war kein Mißerfolg mit dieser Behandlung zu verzeichnen.

Adressenänderungen.

Ersterben. B. Paul Scheide, Anhaltstr. 30 bei Unger. K. Josef Hohaus, Grüner Weg 49. Versammlung jeden Freitag nach dem 1. des Monats.

Sterbetafel.

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:

Helm ut Hempel, Berlin, 27 Jahre alt. Paul Aisdorf, Karlsruhe, 23 Jahre alt. Josef Keller, Gausen, 21 Jahre alt.

Berlin. Am 2. Februar verstarb unser Mitglied Alois Rfuk im Alter von 45 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63. Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franko.